



Nr. 142 / 07.04.2022

## **Die „Ampel“ ist bereits zum ersten Mal ausgefallen!**

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

heute haben wir im Plenum über die verschiedenen Vorlagen zur seit langem diskutierten Corona-Impfpflicht abgestimmt. Ob das auch das Ende der – vor allem in den sozialen Netzwerken von Impfgegnern hitzig geführten – Debatten sein wird, wage ich allerdings zu bezweifeln. Denn in Deutschland wird es vorerst keine „Covid-19“-Impfpflicht geben. Der Gesetzentwurf von Politikern der drei „Ampel“-Parteien ist heute im Bundestag krachend gescheitert. Die „Ampel“ ist bereits zum ersten Mal ausgefallen!

Was für eine Pleite für Kanzler Scholz und seinen Gesundheitsminister Lauterbach! Erst hatte man eine Impfquote von 80 % bis Mitte Januar versprochen. Dieses Ziel wurde genauso deutlich verfehlt wie das Vorhaben, eine Impfpflicht für alle ab 18 Jahren – ursprünglich sogar bereits bis Februar – einzuführen. Dabei hatte es sich doch schon länger angekündigt, dass keine der insgesamt fünf Vorlagen eine Mehrheit bekommt. Am Dienstagabend erst erklärten Befürworter von zwei Anträgen plötzlich, sie hätten einen Kompromiss ausgehandelt. Quasi über Nacht und praktisch in letzter Minute hatten die Befürworter einer Impfpflicht ab 18 und einer Impfpflicht ab 50 hektisch und kurzfristig ihre Vorlagen vereint. Doch auch die angestrebte Impfpflicht für Menschen ab 60 und die geplante Beratungspflicht für alle von 18 bis 59, die nicht geimpft sind, kommt nun erstmal nicht.

Der Kompromiss war zu verkorkst – und war nur deshalb zustande gekommen, weil die „Ampel“-Koalition sich untereinander nicht einig ist. Die Flucht in das nun gescheiterte Gruppenverfahren war von Beginn an eine Flucht aus der Verantwortung.

Unser Kompromissvorschlag für ein „Impfvorsorgegesetz“, der leider ebenfalls abgelehnt worden ist, lag seit Wochen auf dem Tisch. Ich habe dem Antrag der Unionsfraktion zugestimmt, denn wie ich es schon vor Monaten prophezeit habe, steht einer Impfpflicht derzeit der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entgegen. Tatsächlich kann man aber nicht ausschließen, dass uns Corona in Zukunft irgendwann an den Punkt bringen könnte, wo eine Impfpflicht das letzte Mittel ist, der Pandemie wirksam entgegenzutreten. Nämlich dann, wenn wir alle anderen in Betracht kommenden, mildernden Maßnahmen versucht haben und quasi mit dem Rücken zur Wand stehen. Daher wäre es wichtig gewesen, heute zumindest die strukturellen Voraussetzungen (z.B. durch den Aufbau eines Impfregisters) für dieses allerletzte Mittel auf den Weg zu bringen. Das dies nun vorerst nicht geschieht, ist fahrlässig. Wir müssen doch bereits auf den nächsten Herbst und Winter schauen.

Ich hoffe, dass Kanzler Scholz nach dieser Klatsche nun von seinem hohen Ross herunterkommt und auf die Union zugeht, um endlich aus der Mitte des Parlaments heraus eine gemeinsame, verfassungsrechtlich saubere Regelung zu diesem Thema zu vereinbaren.

Herzlichst

Ihr  
Alexander Hoffmann, MdB